

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 789

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2012

Finanzielle Ausstattung in Einzelposition 04 - Ministerium der Justiz

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin der Justiz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Laut Koalitionsvertrag bekennt sich die Landesregierung zu einer leistungsstarken Justiz. Das Aufgabenfeld ist selbstredend sehr umfangreich. Hierzu soll eine schnelle und qualitativ hochwertige Justiz auf- und ausgebaut werden. Im Rahmen einer möglichen Ausgabendiskussion ergeben sich Sachverhalte, die einer weiteren Betrachtung bedürfen.

Ich frage die Landesregierung:

Frage 1: Welche Maßnahmen werden im Rahmen des Opferschutzes ergriffen?

zu Frage 1: Die Landesregierung versteht Opferschutz als eine Querschnittsaufgabe, die ressortübergreifende Anstrengungen verlangt. Die Justiz des Landes Brandenburg deckt nur einen Teil der Maßnahmen in diesem Bereich ab. Der Opferschutz ist ein fester Bestandteil des Strafverfahrens. Es ist daher ein wichtiges Anliegen der Justiz, dafür Sorge zu tragen, dass Verletzte ihre strafprozessual eingeräumten Rechte wahrnehmen sowie Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen können. Mit dem am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Ausführungsgesetz zur Umsetzung der psychosozialen Prozessbegleitung vom 20. Dezember 2016 (GVBl. I 16, [29]) hat Brandenburg die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des seit dem 1. Januar 2017 bundesweit in § 406g StPO festgelegten Rechtsanspruchs auf kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung getroffen. Die durch die Zertifizierungsstelle beim Ministerium der Justiz zugelassenen psychosozialen Prozessbegleiter/Innen sind auf der Website des Ministeriums veröffentlicht. Das Justizressort fördert die im Land Brandenburg für die Verletzten von Straftaten zur Verfügung stehenden Opferschutz- und Beratungsstellen, die flächendeckend sofortige therapeutische Hilfe, umfassende Beratung und Unterstützung sowie Begleitung in Gerichtsverfahren bieten. Zu diesem Zweck stehen bisher Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 400.000 Euro zur Verfügung. Davon werden für den Täter-Opfer-Ausgleich Mittel in Höhe von 30.000 Euro dem MBS zur Bewirtschaftung übertragen. Der Haushaltsansatz wurde im Haushaltsentwurf für 2021 auf insgesamt 477.600 Euro erhöht.

Schließlich ist zu erwähnen, dass ein Teil der von den Staatsanwaltschaften und den Gerichten des Landes Brandenburg im Rahmen des Ermittlungs- und Strafverfahrens zugewiesenen Geldauflagen zugunsten gemeinnütziger Einrichtungen im Sinne der Allgemeinen Verfügung des Ministers der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten vom 9. Juni 1995 (JMBl. 1995, [Nr. 7], S. 122), geändert durch Allgemeine Verfügung vom 31. August 2009 (JMBl. 2009, [Nr. 10], S. 134), Einrichtungen des Opferschutzes und der Opferhilfe zur Gewährleistung ihrer Aufgaben zufließen. Die Gesamtübersichten der jährlichen Geldzuweisungen, die der Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts und der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg für den jeweiligen Geschäftsbereich erstellen, sind auf der Internetseite des Brandenburgischen Oberlandesgerichts veröffentlicht (www.olg.brandenburg.de).

Ergänzend wird auf die Ausführungen zu Frage 7 (strafrechtliche Rehabilitation) verwiesen.

Frage 2: Wo werden diese Maßnahmen im Haushalt (Haushaltsentwurf) 2021 abgebildet?

zu Frage 2: Die o.g. Fördermaßnahmen in Höhe von 400.000 Euro sind im Kapitel 04 080 Titel 684 20 (Zuwendungen zum Projektfeld „Opferberatung“ und „Täter-Opfer-Ausgleich“) veranschlagt.

Die Kosten der psychosozialen Prozessbegleitung werden aus dem Kapitel 04 040 Titel 532 12 beglichen.

Frage 3: Welche Maßnahmen wurden getroffen, um Strafgefangene zu unterstützen (Gefangenenhilfe)?

zu Frage 3: Gefangene erhalten nach § 66 Abs. 2 Brandenburgisches Justizvollzugsgesetz (BbgJVollzG) eine Vergütung in Form von

- a) Arbeitsentgelt für Arbeit,
- b) Ausbildungsbeihilfe für die Teilnahme an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, arbeitstherapeutischen Maßnahmen und Arbeitstraining oder
- c) finanzieller Anerkennung für die Teilnahme an Maßnahmen nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 bis 11 (einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen, insbesondere Psychotherapie; psychiatrische Behandlungsmaßnahmen; Maßnahmen zur Behandlung von Suchtmittelabhängigkeit und -missbrauch und Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Kompetenzen) und Satz 2 BbgJVollzG (Maßnahmen für Gefangene bei angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung, um die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung entbehrlich zu machen).
- d) Wird den Gefangenen Arbeitsentgelt oder Ausbildungsbeihilfe gewährt, werden auch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt.

Daneben kann den Gefangenen

- e) Taschengeld nach 68 BbgJVollzG,
- f) Verletztengeld nach § 45 SGB VII in Verbindung mit der Rundverfügung des Ministers der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz vom 10. Januar 2017,
- g) Billigkeitsentschädigung nach Rundverfügung des Ministers der Justiz vom 14. Dezember 2013 (Az: 4525 - IV. 002) und
- h) Entlassungsbeihilfe nach § 51 Absatz 4 BbgJVollzG gewährt werden.

Daneben fördert das Land Brandenburg z.B. die ehrenamtliche Beratung und Betreuung von Strafgefangenen sowie Schuldner- und Insolvenzberatung von Strafgefangenen und Haftentlassenen.

Frage 4: Wo werden diese Maßnahmen im Haushalt 2021 abgebildet?

zu Frage 4: Die zu Frage 3 aufgeführten Maßnahmen werden im Kapitel 04 050 in den jeweiligen Titelgruppen bei den Titeln

636 xx (Arbeitslosenversicherung für Gefangene) und
681 xx (Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Gefangene)
veranschlagt.

Die Zuwendungen sind im Kapitel 04 020 Titel 684 10 (Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen) veranschlagt.

Frage 5: Welche Aufgaben übernimmt die Abteilung „Völkerrecht“ im Justizministerium des Landes Brandenburg?

zu Frage 5: Wie sich dem auf der Internetseite des Ministeriums der Justiz (MdJ) veröffentlichten Organigramm entnehmen lässt, hat das MdJ keine Abteilung für Völkerrecht. Völkerrechtliche Fragestellungen fallen in die Zuständigkeit des Referats II.2 (Verfassungs- und Völkerrecht sowie öffentliches Dienstrecht), bei dem sie einen nur begrenzten Aufgabenbereich bilden. Zu ihnen gehören zunächst die Prüfung des Inhalts und der vertragsförmlichen Aspekte völkerrechtlicher Verträge des Bundes über Gegenstände, die die ausschließliche Kompetenz der Länder oder deren wesentliche Interessen berühren, sowie die Abgabe diesbezüglicher Stellungnahmen gegenüber der Ständigen Vertragskommission der Länder (Verfahren nach der sog. Lindauer Absprache). Zudem ist die Vereinbarkeit von Gesetz- oder Verordnungsentwürfen der Landesregierung mit völkerrechtlichen Verträgen, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), zu prüfen. Darüber hinaus beobachtet und analysiert das zuständige Referat die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und unterrichtet die Landesregierung über Entscheidungen, die für das Landesrecht oder die Landesverwaltung wesentlich sind. Soweit sich Beschwerden vor dem EGMR gegen Akte brandenburgischer Hoheitsgewalt richten, unterstützt das Referat bei Bedarf die Verfahrensbevollmächtigte der Bundesregierung vor dem EGMR.

Frage 6: Wie ist dieser Bereich personell und finanziell ausgestattet und wo ist diese Abteilung im Haushalt 2021 abgebildet?

zu Frage 6: Völkerrechtliche Fragestellungen betreffen nur einen Teil des in die Zuständigkeit des Referats II.2 fallenden Aufgabenbereichs. Die personelle und finanzielle Ausstattung für diesen Teilbereich lässt sich nur überschlägig ermitteln. Es wird angenommen, dass ca. 15% der Arbeitskraft einer Referentin/eines Referenten für völkerrechtliche Fragestellungen aufgewendet werden. Die Personalkosten hierfür betragen nach den ab 1. Januar 2021 geltenden Personaldurchschnittskosten ca. 12.630 EUR pro Jahr. Eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 hD BbgBesO und das dazugehörige Personalbudget sind im Kapitel 04 010 Titel 422 10 (Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter) ausgebracht.

Frage 7: 65% (24,7 Millionen EUR) aller „Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen“ im Einzelplan 04 des Haushalts 2021 fallen im Kapitel 04 040 - Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften an. Wofür werden Zuweisungen und Zuschüsse in dieser Größenordnung ausgereicht?

zu Frage 7: Die bei Kapitel 04 040 - Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften - in der Hauptgruppe 6 etatisierten „Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen“ beinhalten Ausgaben für Maßnahmen nach § 17 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) in Höhe von 300.000 Euro sowie Ausgaben für Opferpensionen nach § 17 a StrRehaG in Höhe von 24.400.000 Euro. Das StrRehaG regelt die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet. Gemäß § 17 StrRehaG erhalten Berechtigte auf Antrag eine Kapitalentschädigung in Höhe von 306,78 Euro für jeden angefangenen Kalendermonat einer mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbaren Freiheitsentziehung. Gemäß § 17 a StrRehaG erhalten Berechtigte nach § 17 Abs. 1 StrRehaG, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, auf Antrag eine monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer, wenn sie eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von insgesamt mindestens 90 Tagen erlitten haben. Die monatliche besondere Zuwendung für Haftopfer beläuft sich auf 330 Euro.

Gemäß § 20 StrRehaG trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die den Ländern durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Die Einnahmen sind bei Kapitel 04 040 Titel 231 20 in Höhe von 195.000 Euro und Titel 231 30 in Höhe von 15.860.000 Euro etatisiert.